

Ja zum CO₂-Gesetz

Argumentarium der FDP.Die Liberalen

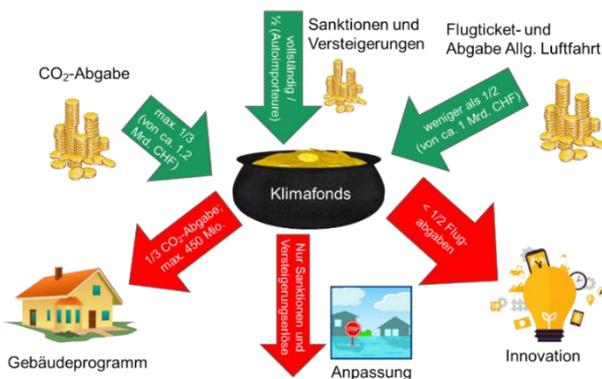
1. Totalrevision des Bundesgesetzes zur Reduktion von Treibhausgasemissionen (CO₂-Gesetz) – um was geht es?

Der Klimawandel ist ein globales Problem und wir müssen Massnahmen ergreifen, um die bereits heute sichtbaren Folgen wie den Rückzug der Gletscher, die Zunahme extremer Wetterereignisse und den Rückgang der Artenvielfalt zu vermindern. Seit 1990 sind die Treibhausgasemissionen in der Schweiz um etwa 14% gesunken.¹ Während die Emissionen in den Gebäude- und Industriesektoren deutlich abgenommen haben, stagnieren sie im Verkehrssektor. Es zeigt sich: wir sind auf dem richtigen Weg, es muss aber noch mehr getan werden, wenn die Schweiz ihre Reduktionsziele bis 2030 erreichen und ihre Emissionen bis 2050 auf ein Netto-Null-Niveau bringen will.

Im Oktober 2017 haben die Schweiz und 190 weitere Staaten das Pariser Klimaabkommen ratifiziert. Um die vereinbarten Ziele zu erreichen, unter anderem die Verhinderung des Anstiegs der globalen Temperatur um weniger als 2°C im Vergleich zu 1990, revidiert die Schweiz ihr bestehendes CO₂-Gesetz. Der Beitrag der Schweiz ist es, die Treibhausgasemissionen bis im Jahr 2030 um mindestens 50% im Vergleich zu 1990 zu reduzieren. Drei Viertel dieser Reduktion sollen durch Massnahmen im Inland erreicht werden, die restlichen 25 Prozent durch Massnahmen der Emissionsverminderungen im Ausland. Je früher diese Massnahmen ergriffen werden, desto günstiger und weniger radikal ist die Umsetzung.

Um die Treibhausgasemissionen zu senken, sind mehrere Massnahmen im Gesetz vorgesehen, insbesondere:

- ➔ CO₂-Vorschriften bei Fahrzeugen;
- ➔ CO₂-Kompensationspflicht für Treibstoffimporteure;
- ➔ Lenkungsabgaben im Luftverkehr;
- ➔ CO₂-Grenzwerte für Gebäude;
- ➔ Lenkungsabgaben auf Brennstoffe;
- ➔ Emissionshandelssystem;
- ➔ Ausbau der Zielvereinbarungssysteme für Unternehmen.



Auch sieht das Gesetz die Einrichtung eines Klimafonds vor, aus dem das Gebäudeprogramm und Projekte im Zusammenhang mit Innovation (z.B. Kredite an innovative Unternehmen) und Anpassung an den Klimawandel finanziert werden sollen (siehe Abbildung). Die Einnahmen für den Klimafonds bestehen aus einem Teil der CO₂-Abgabe auf Brennstoffe, der Flugticket- und Abgabe Allgemeine Luftfahrt, Sanktionen und Versteigerungen bei der Nichteinhaltung der CO₂-Vorschriften bei Fahrzeugen oder der CO₂-Kompensationspflicht.

Das CO₂-Gesetz ist das Ergebnis langwieriger Verhandlungen im National- und Ständerat und wurde im September 2020 erfolgreich verabschiedet. Die Ja-Allianz besteht aus fast allen Parteien (FDP, Mitte, grünliberale, Grüne, EVP und SP), auch haben sich über 90 zivilgesellschaftliche Organisationen angeschlossen. Neben diesem Komitee besteht ein zusätzliches Wirtschafts-Komitee mit rund 200 Unternehmen. Für das CO₂-Gesetz sprechen sich ebenfalls Touring Club Schweiz (TCS), Schweizerischer Versicherungsverband (SVV), swissbanking, Baumeisterverband (SBV), Swiss Engineering (STV) und economiesuisse aus. Die Gegner des Gesetzes spalten sich in zwei Lager: Zum einen geht dem linken Flügel der Klimastreik-

¹ <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/mitteilungen.msg-id-78720.html>

bewegung das Gesetz zu wenig weit, zum anderen wehrt sich auf der rechten Seite auch die betroffene Öl-Branche zusammen mit der SVP gegen das CO₂-Abkommen. Es zeigt sich: die extremen Pole sind gegen das Gesetz, der Rest steht mit dem breiten Kompromiss, welchen die FDP massgeblich geprägt hat.

Das Parlament und die FDP-Fraktion haben das CO₂-Gesetz weitgehend angenommen:

- Nationalrat mit 129 Ja zu 59 Nein (8 Enthaltungen) – FDP-Fraktion: 23 Ja zu 3 Nein (1 Enthaltung)
- Ständerat mit 33 Ja zu 5 Nein (6 Enthaltungen) – FDP-Fraktion: 7 Ja zu 1 Nein (4 Enthaltungen)

2. Warum Ja zum CO₂-Gesetz?

› Das Verursacherprinzip wird gestärkt und Kostenwahrheit gefördert (ohne Verbote)

Im Zentrum des CO₂-Gesetzes steht das Verursacherprinzip. Individuelle Verantwortung bedeutet, dass sich jede und jeder bewusst ist, dass das eigene Handeln Konsequenzen hat, insbesondere für zukünftige Generationen. Allerdings sind die Folgen einzelner Handlungen meist nicht immer sofort ersichtlich, da keine Kostenwahrheit besteht. Deshalb wird mit dem CO₂-Gesetz die Kostenwahrheit gestärkt: wer mehr verschmutzt, zahlt mehr. Um gleichzeitig die Wirtschaftskraft zu sichern, sind konkrete Massnahmen und Fingerspitzengefühl notwendig. Anstatt auf Verbote setzt das CO₂-Gesetz deshalb auf den Ausbau des bewährten Instrumentes der Lenkungsabgaben. Es führt die bewährte CO₂-Abgabe auf fossilen Brennstoffen wie Öl und Gas weiter und ergänzt diese um eine Flugticketabgabe (Höhe abhängig u.a. von der Flugdistanz) wie auch einer Lenkungsabgabe für die Business-Airlines (Abgabe Allgemeine Luftfahrt). So bezahlt diejenige Person, die überdurchschnittlich viel CO₂ produziert, mehr als jene, die auf Effizienz und Innovation setzt. Hauseigentümer beispielsweise, die weniger Heizöl verbrauchen oder anstelle von Öl und Gas mit erneuerbaren Energien heizen, profitieren. Ein wichtiger Grund dafür ist die Rückvergütung eines Grossteils dieser Lenkungsabgaben an die Bevölkerung und die Unternehmen. Wenn also eine Familie entscheidet, in einem Jahr weniger oder gar nicht zu fliegen, erhält sie womöglich sogar mehr Geld zurück, als sie ausgegeben hat. Auch das setzt die richtigen Anreize. Darin liegt auch der Grund, wieso nicht mit massiven Mehrkosten zu rechnen ist, wie das die Gegner des Gesetzes gerne behaupten. Gemäss Erhebungen des Bundes belaufen sich die Mehrkosten für eine vierköpfige Familie im Schnitt gegen 2030 nämlich nur auf ca. 100.- Fr. pro Jahr, was im Sinne des Klimaschutzes verkraftbar ist.

› Die ganze Welt handelt. Wir machen mit

Beim Klimaschutz geht es nicht nur um einzelne nationale Massnahmen, sondern um ein globales Miteinander. Die Schweiz hat sich international mit 190 weiteren Staaten zur Reduktion der Treibhausgasemissionen und zu mehr Klimaschutz bekannt. Die USA ist nach der Wahl ihres neuen Präsidenten Joe Biden wieder zum Kreis der Unterstützter des Pariser Klimaabkommens zurückgekehrt. Auch die Europäische Union, Japan, Kanada und sogar China haben im Jahr 2020 verstärkte Klimaziele beschlossen. Mit dem CO₂-Gesetz kommt die Schweiz ihren Verpflichtungen auf internationaler Ebene nach. Hierzu hat sich die FDP im Parlament für eine wirksame und langfristig angelegte Strategie eingesetzt. Dank dieser langfristigen Perspektive können mit dem neuen Gesetz massvolle Massnahmen ergriffen werden und teure Hauruck-Übungen in Zukunft verhindert werden. Denn je länger gewartet wird, desto höher ist das Preisschild.

› Das CO₂-Gesetz fördert die Innovation

Der Klimafonds, wie ihn das neue CO₂-Gesetz vorsieht, fasst die heute bestehenden und die neuen Finanzierungsquellen für Investitionen in den Klimaschutz zusammen. So werden das bewährte Gebäudeprogramm oder der Technologiefonds unter einem Dach vereint. Dadurch wird die gegenseitige Durchlässigkeit zwischen den bestehenden Programmen erhöht und die Effizienz gesteigert. Mit dem Klimafonds werden aber auch neue Projekte zur Förderung von Innovation gezielt unterstützt, wie zum Beispiel die Planung und Finanzierung von Fernwärmenetzen als wichtigen Beitrag an die Dekarbonisierung des Wärmesektors oder den Aufbau von Ladestationen für Elektroautos als zentraler Hebel für eine rasche Elektrifizierung der Mobilität. Auch unterstützt der Fonds die Sanierung von Gebäuden und von Ersatzneubauten sowie den Einbau von CO₂-freien Heizungen. Und schliesslich erhalten Schweizer Unternehmen mit dem Klimafonds Unterstützung, um klimafreundliche Technologien rascher auf den Markt zu bringen. Damit kann der Werk- und Forschungsplatz Schweiz seine Innovationskraft steigern und sich so

gleichzeitig als zukunftsgerichteter Wirtschaftsstandort für neue Märkte positionieren. Das CO₂-Gesetz ist damit ein Innovationstreiber und eine Chance für Wirtschaft und Arbeitsplätze.

› Das Gesetz reduziert die Abhängigkeit von fossilen Energien

Das CO₂-Gesetz hilft unserer Bevölkerung und Wirtschaft, die Abhängigkeit von importiertem Öl, Gas und Kohle frühzeitig zu reduzieren. Jedes Jahr fließen rund 8 Milliarden Franken für fossile Energien ins Ausland. Mit dem neuen CO₂-Gesetz können wir einerseits diese Abhängigkeiten der Schweiz schrittweise reduzieren und andererseits früh den Weg für neue, nicht-fossile Sektoren ebnen, die unsere Versorgungssicherheit in Zukunft gewährleisten. Das hat auch einen starken volkswirtschaftlichen Anreiz, weil damit mehr Geld eingespart und Wertschöpfung generiert werden kann. Die Wirtschaftsallianz «Wärmeinitiative Schweiz» hat 2019 in einer [umfassend Studie](#) dargelegt, dass eine vollständige Dekarbonisierung des Wärme- und Kältesektors mindestens 1.5 Mrd. Franken an zusätzlicher Wertschöpfung in der Schweiz generiert. Auf ähnliche Ergebnisse kommt auch [eine Studie der ZHAW](#): Beschleunigt die Schweiz zum Beispiel den Umstieg auf Elektroautos und den Ersatz der Öl- und Gasheizungen mit Wärmepumpen, würde sie allein im Jahr 2030 Kosten in Höhe von 1.65 Mrd. Franken sparen. Auch der Ersatz von Kohle bei der Zementproduktion und der Zubau von Photovoltaikanlagen bringen volkswirtschaftliche Kosteneinsparungen. Insgesamt führt die Umsetzung aller untersuchten Massnahmen zu Netto-Kosteneinsparungen von 980 Millionen Franken allein im Jahr 2030.

› Das Gesetz basiert auf dem Positionspapier der FDP

Das CO₂-Gesetz ist ein konsequenter Schritt, den auch die Basis der FDP fordert. Im Juni 2019 verabschiedete die Delegiertenversammlung der FDP Schweiz das Positionspapier «[Freisinnige Umwelt- und Klimapolitik](#)», das die Chancen von liberalen Lösungen für Gesellschaft und Wirtschaft aufzeigt. Einige der Forderungen aus unserem Positionspapier hat die FDP-Liberale Fraktion im Parlament aufgegriffen und in das CO₂-Gesetz aufgenommen. Damit konnte ein wirksames und freisinnig geprägtes Gesetz verabschiedet werden. Wichtige Errungenschaften der FDP, die im CO₂-Gesetz verankert sind, sind:

➔ Gebäudesanierung beschleunigen (Kapitel 2.1 des Positionspapiers)

Das Thema der ökologischen Gebäudesanierung ist ein zentrales Thema im neuen Gesetz. Die Mittel des Klimafonds werden auch zur Finanzierung des Ausbaus des Gebäudeprogramms verwendet. Zudem wird mit den neuen nationalen CO₂-Grenzwerten inkl. der ermöglichten kantonalen Flexibilität Planungssicherheit geschaffen und ein klares Ziel gesetzt.

➔ Verminderungsverpflichtungen ausbauen (Kapitel 3.2)

Unternehmen, die individuelle Reduktionsverpflichtungen eingehen, werden von der CO₂-Abgabe auf Brennstoffe befreit. Mit dem neuen Gesetz wird dieses sehr erfolgreiche Instrument ausgebaut und steht dank der FDP neuerdings allen Unternehmen zur Verfügung. Damit kann die Schweizer Industrie einen noch grösseren Beitrag zur Emissionsreduktion leisten.

➔ Flugticketabgabe ist mit Innovationen in den Klimaschutz verknüpft (Kapitel 4.2)

Die FDP hat es geschafft, dass mehr als die Hälfte der Einnahmen aus den neuen Lenkungsabgaben im Flugverkehr direkt wieder für Innovationen im Klimabereich investiert werden und somit einen langfristigen Beitrag für einen CO₂-freien Flugverkehr geleistet wird. Die FDP hat auch erreicht, dass der Luftverkehr in das europäische Emissionshandelssystem ([EHS](#)) der EU einbezogen wird, ohne dass damit internationale Doppelbelastungen entstehen. Das bringt sowohl umweltpolitische wie auch wirtschaftliche Vorteile.

3. Fazit

Die FDP spricht sich für das CO₂-Gesetz aus, weil ...

- › ...das Verursacherprinzip gestärkt und Kostenwahrheit ohne Verbote hergestellt wird.
- › ...es Innovation fördert.
- › ...es die Abhängigkeit von fossilen Energien reduziert.